

Antrag 52/I/2022**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Kitakrise heißt Zukunftskrise!**

1 In Berlin fehlen zur Zeit 26.000 Kita-Plätze. Dabei sollen
2 bis 2030 rund 7.000 Erzieher*innen fehlen. Allein an die-
3 sen Zahlen wird sichtbar, es besteht Handlungsbedarf.
4 Nicht selten müssen werdende Eltern bereits mit dem
5 Start der Schwangerschaft sich um einen Kitaplatz bewer-
6 ben. In der Theorie gibt es eine Kitagarantie, in der Praxis
7 meist verzweifelte Eltern auf der unendlichen Suche nach
8 einem freien Platz. Ein Zustand, den es zu ändern gilt und
9 sofortiges Handeln verlangt.

10

11 Gute Arbeitsbedingungen für Erzieher*innen

12 Eine der wichtigsten Ursachen für die Kitakrise ist, dass
13 es zu wenig Erzieher*innen gibt, und diese Situation wird
14 sich in Zukunft weiter verschärfen. Schon jetzt müssen Ki-
15 tas hunderte Kinder ablehnen, weil sie nicht genug Perso-
16 nal für deren Betreuung haben. Auch wenn es bereits Be-
17 mühungen gegeben hat, mehr Erzieher*innen einzustel-
18 len, bleibt diese Arbeit doch – besonders in Berlin – unat-
19 traktiv, unterbezahlt und wird nicht ausreichend wertge-
20 schätzt.

21

22 Dies beginnt bereits in der Ausbildung, in vielen Kinder-
23 tagesstätten wird so in den ersten beiden Ausbildungs-
24 jahren gerade einmal der Mindestlohn bezahlt. Erst im
25 dritten Ausbildungsjahr erhält man mindestens 930 € im
26 Monat. Hinzu kommt, dass viele Studierende kein oder
27 ein halbiertes BAföG erhalten, da die Berliner Fachschu-
28 len nicht als „echte“ Fachschulen anerkannt werden. An
29 den Berliner Fachschulen werden auch Bewerber*innen
30 ohne Berufsabschluss - also „lediglich“ mit Abitur oder
31 Fachhochschulreife – aufgenommen, vor diesem Hinter-
32 grund erkennen die BAföG-Ämter die Berliner Fachschu-
33 len nur als Berufsfachschulen an. Zwar wurde die Form
34 der berufsbegleitenden Ausbildung intensiv ausgeweitet,
35 um die Bildungseinrichtungen und hier insbesondere die
36 Kitas schnell mit Personal zu versorgen. Die Studieren-
37 den haben einen Arbeitsvertrag und einen Ausbildungs-
38 vertrag. Diese sind in der Regel nicht aufeinander abge-
39 stimmt. Das birgt besondere Herausforderungen für die
40 Studierenden. Sowohl für den Arbeitgeber*innen als auch
41 für die Ausbildungsstätte ergeben sich daraus überschnei-
42 dende Forderungen. Die Studierenden können diesen viel-
43 fach nur durch Mehrarbeit gerecht werden, denn Lern-
44 und Praxiszeiten überschneiden sich. Der Erzieher*innen-
45 beruf leidet zudem unter fehlender Anerkennung, sowohl
46 sozial als auch finanziell. Für junge Abiturient*innen, die
47 gerne im sozialen Bereich arbeiten möchten, gibt es deut-
48 lich attraktivere Berufsfelder als zum Beispiel die Berliner

Empfehlung der Antragskommission**Überweisen an: FA IV - Kinder Jugend Familie (Konsens)**

49 Kindertagesstätten.

50

51 Dabei liegt das Einstiegsgehalt in Berlin bei 2.860 Euro
52 brutto. So ist es auch nicht verwunderlich, dass tau-
53 sende Erzieher*innen Ende letzten Jahres für mehr Geld
54 demonstrierten. Denn zu der fehlenden Wertschätzung
55 durch eine angemessene Bezahlung kommen die heraus-
56 fordernden Arbeitsbedingen hinzu. Überfüllte Kitas, Per-
57 sonalmangel, wo auch Praktikant*innen fest eingeplant
58 werden und unbezahlte Überstunden. Das alles gehört
59 zum Berufsalltag dazu. Hierbei ist die Situation umso dra-
60 matischer, wenn man sich bewusst macht, dass hier der
61 elementare Grundstein für die schulische Laufbahn ge-
62 legt wird. Die Grundschule baut größtenteils auf die Ar-
63 beit in den Kindertagesstätten auf, wenn hier die früh-
64 kindliche Erziehung nicht qualitativ gewährleistet werden
65 kann, verwundert es nicht, dass die Bildungsungerech-
66 tigkeit bereits zu Anfang des Lebens in eine dramatische
67 Schieflage gerät.

68

69 Somit fordern wir die Mitglieder der SPD Fraktion des Ber-
70 liner Abgeordnetenhaus, sowie die Senatorin für Bildung,
71 Jugend und Familie auf:

72

- 73 1. Verbindliche Regelungen zu schaffen, damit die
74 BAföG-Ämter in die Lage versetzen, einzelne Klas-
75 sen der Fachschule als förderungswürdig anzuer-
76 kennen.
- 77 2. Eine angemessene Bezahlung aller Erzieher*innen
78 sicher zu stellen. Die Regelungen des Tarifvertrags
79 für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) sind
80 auszuschöpfen. Denn für uns steht fest: Erzieher*in-
81 nen sind Pädagog*innen. Als Pädagog*innen in den
82 ersten Bildungseinrichtungen der Kinder legen sie
83 die wichtigste Grundlage für selbstständiges, eigen-
84 verantwortliches und lebenslanges Lernen.
- 85 3. Dass eine gezielte Kampagne zur Fachkräftegewin-
86 nung entwickelt und finanziert wird, die junge Men-
87 schen motiviert den Beruf zu ergreifen.
- 88 4. Für eine bessere Vergütung und eine Professionalis-
89 sierung der Kindertagespflege Sorge zu tragen.

90

91 **Räumlichkeiten kaufen, bauen und das gemeinsam!**

92 Die Kitakrise ist eindeutig auch die Folge eines Mangels
93 an Gebäuden und Räumlichkeiten. Es braucht von staat-
94 licher Seite die Förderung von Kitas beim Bau und Erwei-
95 terung ihrer Flächen wie auch die Verpflichtung, Land zu
96 erwerben und selbst zu bauen. Zudem hat Berlin einen
97 sehr großen Teil der vorschulischen Bildung in freie Trager-
98 schaft gegeben (80% der betreuten Kinder). Dies rächt sich
99 nun, denn bei diesen Kitas fehlt es an Einfluss. Hier gilt es
100 nun zum einen vermehrt selbst zu bauen und private Trä-
101 gerschaften in die öffentliche Hand zurückzuführen. Denn

102 auch frühkindliche Bildung sollte in erster Linie allen gleich-
103ermaßen zustehen. Gleichzeitig müssen alle bestehenden
104 Einrichtungen dahingehend geprüft werden, ob ein
105 Ausbau sinnvoll und möglich ist.

106 Somit fordern wir die Mitglieder der SPD Fraktion der
107 Bezirksversammlungen und des Berliner Abgeordneten-
108 haus, sowie die Senatorin für Bildung, Jugend und Familie
109 auf:

- 110 1. Alle Bauämter für die Dringlichkeit der Kitakrise zu
111 sensibilisieren und zu beauftragen, bei bestehen-
112 den Einrichtungen einen Rückkauf zu prüfen und
113 die bauliche Erweiterung von Einrichtungen. Hier-
114 bei sollen auch gesetzliche Ausnahmeregelungen
115 für eine Erhöhung der Traufhöhe im Falle einer Ki-
116 tanutzung geschaffen werden.
- 117 2. Dass alle verfügbaren bezirklichen oder landeseigenen
118 Räume dahingehend geprüft werden, ob eine
119 Doppelnutzung möglich wäre.
- 120 3. Dass jede leerstehende private Ladenfläche ange-
121 mietet wird, sollte in diesem Gebiet ein Kitabe-
122 darf festgestellt werden und nicht anders abge-
123 deckt werden können, zum Beispiel durch Modu-
124 larbauten. Hierfür sollen Mittel aus dem Haushalt
125 bereitgestellt werden.

126

127 **Denkt an die Eltern!**

128 Die Kitaplatz-Suche ist frustrierend und ineffizient. Das
129 System der Voranmeldung auf einen Kitaplatz ist nicht
130 einheitlich und nicht mehr zeitgemäß.

131 Somit fordern wir die Mitglieder der SPD Fraktion der
132 Bezirksversammlungen und des Berliner Abgeordneten-
133 haus, die betreffenden Bezirksämter sowie die Senatorin
134 für Bildung, Jugend und Familie auf:

- 135 1. Eine moderne und funktionierende zentrale Daten-
136 bank und Webseite zu schaffen, auf der Kitas freie
137 Plätze veröffentlichen und sich Eltern um die Plätze
138 bewerben können.
- 139 2. Für die Formulare zur Beantragung des Kita-
140 Gutscheins Leitfäden in den meistgesprochenen
141 Sprachen in Berlin wie Türkisch, Arabisch, Russisch
142 und Englisch zu entwickeln.
- 143 3. Einen anonymisierten Bewerbungsprozess zu ent-
144 wickeln und zu etablieren, damit Kinder aufgrund
145 ihres Migrationsstatus, Ethnie, Religion oder Be-
146 hinderung bei der Platzvergabe nicht benachteiligt
147 werden.
- 148 4. Eine gezielte Kampagne für die Anwerbung von Kita-
149 vermittlungsstellen in allen Jugendämtern zu ent-
150 wickeln und auszufinanzieren. So, dass mehr Per-
151 sonal eingestellt werden kann, um Eltern bei der
152 Kita- Suche und dem Ausfüllen des Antrags auf ei-
153 nen Kita-Gutschein unterstützt werden kann.

154